

arbeiten und die politische Massenarbeit abstimmen.

Genossin Werner: Eine solche Zusammenarbeit ist immer zum Nutzen der Bevölkerung. Bei uns gibt es den Komplexvertrag aller Großbetriebe, einer Vielzahl von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Betrieben mit staatlicher Beteiligung mit dem Rat der Stadt. Die Genossen in den Betrieben, staatlichen Organen und Wohngebieten haben es verstanden, in die Vorbereitung dieser Vereinbarungen die ganze Bevölkerung einzubeziehen.

Voraussetzung dafür war eine zielstrebige politische Massenarbeit. In den Betrieben zum Beispiel wurde über die Verantwortung der Arbeiterklasse für das Wohngebiet diskutiert. Es wurde auch die Frage beantwortet, was die Betriebe und Wohngebiete im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ gemeinsam anpacken können. Viel ist, wie die Bilanz aussagt, durch diese Zusammenarbeit bereits geschaffen worden, aber vieles bleibt noch zu tun.

Genosse Sorgenicht: Wie wurden die Arbeiter im Betrieb über diese Dinge informiert? Welche Rolle haben dabei die Abgeordneten gespielt?

Genossin Werner: Der Entwurf des Vertrages wurde sowohl in den einzelnen Wohnbezirken von Hennigsdorf — da wohnen die meisten Arbeiter aus unserem Betrieb — als auch in den Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben und allen anderen Einrichtungen ausführlich beraten.

Genosse Teut: Zunächst war dieser Entwurf ein schönes Stück Papier. In der Beratung mit den Betriebsangehörigen, mit Bürgern in den Wohnbezirken und in den Ausschüssen der Nationalen Front erhielten wir viele Vorschläge. Der Vertrag nahm immer mehr Gestalt an, er wurde zur Sache unserer Bürger. Nach der Beschlußfassung in der Stadtverordnetenversammlung wurde er von allen Betrieben, den volkseigenen und denen mit staatlicher Beteiligung, von Produktionsgenossenschaften des Handwerks, von Einrichtungen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und von privaten Handwerksbetrieben unterzeichnet. Durch die Unterschrift der verantwortlichen Leiter gewährleisten wir, daß dieser Vertrag gemeinsam und Schritt für Schritt realisiert wird. Dieses Beispiel ist ein beredtes Zeugnis echter, sozialistischer Demokratie, die Lenin als die unmittelbare, aktive, praktische Teilnahme von Millionen und aber Millionen an der Leitung des Staates charakterisierte.

Genosse Oecknick: Auch in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben und Cottbus haben wir ein Beispiel des Zusammenwirkens verschiedener Be-

triebe. Daran haben die Abgeordneten beider Stadtverordnetenversammlungen, die Räte beider Städte von Anfang an maßgeblich mitgewirkt. Die beiden Betriebe, Chemiefaserwerk Wilhelm-Pieck-Stadt Guben und Textilkombinat Cottbus, nutzen gegenseitig ihre Forschungs- und Ausbildungskapazitäten. Es gibt Erfahrungsaustausche zwischen Brigaden beider Werke. Die Kollektive führen gemeinsam Sportfeste durch. Auch die Kinderferienlager werden gemeinsam genutzt.

Dem Abgeordneten mehr Autorität

Genosse Sorgenicht: Diese Beispiele bestätigen die Feststellung des 2. Plenums, daß es dann sichtbare Erfolge bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen gibt, wenn die Volksvertretungen und ihre Organe, wenn die Abgeordneten vertrauensvoll mit der Bevölkerung, mit den gesellschaftlichen Organisationen und vor allem mit den Betrieben Zusammenwirken.

Wir haben in der DDR 204 000 Abgeordnete, Männer und Frauen aus dem Volk. Sie sind Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz und Vertreter anderer Schichten; sie genießen das Vertrauen der Wähler und verwirklichen konsequent die Interessen der Werktätigen.

Allerdings ist hier und da festzustellen, daß Mitarbeiter staatlicher Organe und Wirtschaftsfunktionäre die große politische und gesellschaftliche Verantwortung der Abgeordneten noch nicht richtig verstehen.

Genosse Teut: Die Autorität des Abgeordneten wird stark von seinem ständigen Kontakt zu den Wählern beeinflußt. Die Zeit, wo nach den Wahlen in dieser Hinsicht Flauten eingetreten sind, ist bei uns in Hennigsdorf noch nicht vorbei. Deswegen setzen wir uns als Ortsleitung der Partei dafür ein, daß zu allen wichtigen Fragen, zum Beispiel jetzt zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1972, die Abgeordneten die Diskussionen mit den Bürgern führen.

Genosse Oecknick: Das Sekretariat der Bezirksleitung legt großen Wert darauf, daß die Grundorganisationen und ihre Leitungen die Genossen Abgeordneten in jeder Weise unterstützen. In einigen Betrieben allerdings reicht die Zusammenarbeit der Parteiorganisationen und der Wirtschaftsleiter mit den Abgeordneten nicht aus. Verschiedene Wirtschaftsleiter beachten die Hinweise der Abgeordneten noch nicht genügend. Leiter kleinerer Betriebe wollen mitunter Abgeordnete nicht freisteilen, wenn es um die Wahrnehmung ihrer Abgeordnetenpflichten geht. Mit allen diesen Problemen hat sich das Sekretariat der Bezirksleitung beschäftigt.